

---

# DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 1/2021  
Nr. 184

---

## **UnterzeichnerInnen gesucht: Petition gegen Waffenexporte an die Staaten der Jemen-Kriegscoalition**

Das European Center for Constitutional and Human Rights ([ECCHR](#)) sucht Unterstützung für eine an die Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien gerichtete Petition, um Rüstungsexporte auf EU-Ebene rechtlich bindend zu verbieten. Unter dem Titel „[Made in Europe. Bombed in Yemen](#)“ erläutert das Zentrum, weshalb der seit Jahren andauernde Skandal nicht länger zu ertragen ist und endlich ein umfassendes Waffenembargo auf EU-Ebene implementiert werden muss.

Bereits vor einem Jahr hat das ECCHR gemeinsam mit weiteren Organisationen eine Beschwerde beim Internationalen Strafgerichtshof eingereicht, mit der sie gegen die anhaltenden Waffenexporte aus Europa an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate protestierten, da durch diese Exporte die Führung des Krieges im Jemen unterstützt und die in dessen Verlauf begangenen Kriegsverbrechen ermöglicht würden. Einen Einfluss auf die Genehmigungspraxis der betroffenen EU-Staaten hatte diese Beschwerde bisher nicht. Vielmehr scheint es so, als würden die Geschäfte trotz der Beschwerde, trotz Corona und trotz der Kriegsverbrechen ungestört weiter gehen. In der Petition fordert ECCHR vor allem die Unterstützung von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten einzustellen. Zwei Ländern also, die seit vielen Jahren zu den Hauptempfängern deutscher Rüstungsexporte gehören, weil sie von der Bundesregierung als „Stabilitätsanker“ für die Region gedeutet werden. Gleichzeitig steht die privilegierte Partnerschaft, die Deutschland den beiden Staaten gewährt, aber auch schon seit langem in der Kritik, da Exporte an diese Länder eigentlich den von der Bundesregierung selbst gesetzten „Politischen Grundsätzen“ zum Rüstungsexport widersprechen: Die Menschenrechtslage sowohl in Saudi-Arabien als auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist so schlecht, dass sich ein Export von Waffen an diese Länder eigentlich verbietet. – Trotzdem findet er statt und deshalb nun diese Petition.

Derzeit haben bereits rund 3000 Menschen unterzeichnet. Um das gewünschte politische Zeichen setzen zu können, sind aber natürlich noch viel mehr UnterzeichnerInnen notwendig und gewünscht. Der leider nur auf Englisch verfügbare Text lautet:

„An die Regierungen von Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Italien und Spanien:

**Wir fordern Sie auf mit sofortiger Wirkung, rechtlich bindende Waffen-Exportverbote gegen Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zu verhängen.** Waffen aus Europa werden, durch die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition, aktiv gegen jemenitische Zivilisten eingesetzt. Die Behördenvertreter, die entsprechende Exporte genehmigt haben, und die Unternehmensvertreter, die diese Exporte ausgeführt haben, müssen strafrechtlich verfolgt werden. **Wir fordern, dass sie Untersuchungen auf Ebene des Internationalen Strafgerichtshofes voll umfänglich unterstützen.** Die gemeinschaftliche, europäische Verstrickung in Kriegsverbrechen ist eine Schande, aber gemeinsam können wir sie beenden.

**Unterstützen Sie unseren Aufruf nach einer strafrechtlichen Untersuchung und fordern Sie von Ihrer Regierung ein, diese kriminellen Exporte jetzt zu beenden.**

Tausende Zivilisten werden bei willkürlichen Angriffen, die durch die saudisch geführte Koalition ausgeführt werden, getötet; diese Koalition ist jedoch stark auf Kampfflugzeuge und Waffen aus europäischer Herstellung angewiesen. Sie bombardieren die Häuser unschuldiger Familien, ihre Krankenhäuser und Schulen und zerstören jahrhundertealte Kulturstätten. Waffenexporteure und Regierungen in Europa behaupten, dass all dies nichts mit ihnen zu tun hat. Sie bestreiten ihre Beteiligung, profitieren aber weiterhin durch Waffen-Verkäufe und -Dienstleistungen an Saudi-Arabien und die VAE, ja, sie gewähren sogar Wartungsarbeiten für die Kampfflugzeuge der Koalition und ermöglichen es so, die Flugzeuge in der Luft zu halten. All dies könnte sich ändern, wenn der Internationale Strafgerichtshof eine Untersuchung über die gemeinschaftliche Verantwortung für die Kriegsverbrechen im Jemen beginnen würde!

**Unterzeichnen Sie die Petition!** Gemeinsam können wir moralisch korrupte und illegale Waffenexporte beenden.“

Die Petition kann auf der [Website](#) des ECCHR online unterzeichnet werden.

## **Deutschland genehmigt im Jahr 2020 den Export von Waffen im Wert von 4,9 Milliarden Euro**

Vorläufige Zahlen über die genehmigten deutschen Rüstungsexporte im Jahr 2020 sind der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour zu entnehmen, über die in der Presse berichtet wurde. Das [Handelsblatt](#) verweist etwa darauf, dass die Zahlen gegenüber denjenigen von 2019 rückläufig seien. Während im Vorjahr Waffen im Wert von rund 8 Milliarden Euro exportiert werden durften, waren es 2020 „nur“ Waffen im Wert von 5,6 Milliarden Euro. Der [Spiegel](#) gibt zu bedenken, dass dabei jedoch Exporte an sehr problematische Empfängerländer genehmigt worden seien, weshalb kein rein positives Fazit gezogen werden könne.

Hauptkunde der deutschen Rüstungsindustrie sei im Jahr 2020 demnach Ägypten gewesen, das U-Boote aus Deutschland im Wert von 716 Millionen Euro empfangen konnte. Die Konfliktlage im Mittelmeer sei durch diese Exporte nicht beruhigt worden. Daneben habe etwa Katar Waffen im Wert von 196 Millionen Euro importieren dürfen. Darunter Gepard-Panzer mit 16.000 Schuss Munition. Den anhaltenden Konflikt mit dem Iran dürften solche Exporte eher befeuern. Und laut [Tagesschau](#) sei 2020 der Export von Waffen im Gesamtwert von 1,16 Milliarden Euro an die Länder des Nahen Ostens genehmigt worden.

All das klingt besorgniserregend und dennoch muss für eine endgültige Bewertung das Erscheinen des vollständigen Rüstungsexportberichts der Bundesregierung für das Jahr 2020 abgewartet werden.

## **USA: National Rifle Association vor der Neugründung?**

Die National Rifle Association ([NRA](#)) gehört wahrscheinlich zu den mächtigsten Lobby-Organisationen in den USA. Mit Sicherheit ist es aber eine lautstarke Organisation, die es schafft, ihre Mitglieder zu mobilisieren. So groß wie ihr Erfolg, so zahlreich sind aber auch die Vorwürfe, die der Lobbygruppe gemacht werden: Tragen jene, die eine Verschärfung des US-Waffenrechts lautstark verhindern, eine Mitverantwortung für den Schusswaffenmissbrauch, der in den USA stattfindet? Schaffen jene, die nicht nur jede Gesetzesänderung, sondern jede Diskussion über eine mögliche Gesetzesänderung ablehnen, ein Klima der Unversöhnlichkeit und Gewalt? Und sind jene, die Gewalt durch ihre Rhetorik verharmlosen, am Ende nicht mitschuldig, wenn das [Kapitol](#) gestürmt wird? So wenig eine Verbindung zwischen der NRA und den rechtsextremen Bürgerwehren, die schwer bewaffnet in den USA ihr Unwesen treiben, gelegnet werden kann, so wenig kann die NRA für das Agieren ihrer Mitglieder belangt werden.

Trotzdem sieht sich die NRA nun mit einer Klage konfrontiert – aber die hat nichts mit Schusswaffen zu tun, sondern thematisiert den Umgang mit Spendengeldern, die die NRA für ihre Arbeit erhalten hat, die dann aber für private Zwecke der Vorsitzenden verwendet worden seien. So zumindest sieht es die

Generalstaatsanwältin von New York, [Letitia James](#), die dem NRA-Vorstand vorwirft, in den Jahren von 2015 bis 2018 nicht weniger als 64 Millionen US-Dollar veruntreut zu haben. Sie verlangt deshalb die Rückerstattung der veruntreuten Gelder, die anderen Wohltätigkeitsorganisationen zu Gute kommen sollen, und die Auflösung der NRA. James wird von [USA Today](#) mit der Aussage zitiert:

*„Der Einfluss der NRA war so mächtig, dass die Organisation jahrzehntelang nicht kontrolliert wurde, während Top-Vorstände Millionen in ihre eigenen Taschen geleitet haben. Die NRA steckt voller Missbrauch und Betrug und das ist der Grund, weshalb wir heute danach streben, die NRA aufzulösen – denn keine Organisation steht über dem Gesetz.“*

Inzwischen scheint sich einer der Angeklagten, [Joshua Powell](#), als Kronzeuge anzubieten, da er behauptet, die Veruntreuungen fänden schon seit Jahrzehnten statt und beliefen sich deshalb nicht auf mehrere Millionen, sondern auf mehrere 100 Millionen US-Dollar.

Der derzeitige NRA-Vorstand und Angeklagte Wayne LaPierre hat sich in einem [Offenen Brief](#) an die NRA-Mitglieder und -Unterstützer gewandt und das geplante Vorgehen der NRA erläutert. Demnach hat die NRA Gläubigerschutz beantragt, um eine Restrukturierung der Tätigkeiten und eine eventuell notwendige Neugründung in Texas zu ermöglichen. Er betont, dass die Lobby-Tätigkeit der NRA durch diese Maßnahmen nicht leiden werden und dass die Finanzsituation nicht angespannt sei. Die NRA sei in diesem Sinne nicht bankrott, aber beantrage Gläubigerschutz, um sich von der *„toxischen, politischen Atmosphäre in New York“* zu befreien. Auf die Vorwürfe, die im Raum stehen, nimmt LaPierre nur in einer Randbemerkung Bezug, wenn er versichert: *„Alle Mitgliedsbeiträge und Spenden werden vollumfänglich für unsere Tätigkeiten und die Lobbyarbeit aufgewendet.“*

Nun bleibt abzuwarten, ob die NRA der Strafverfolgung wirklich durch diesen Umzug entgehen kann, denn für all dies benötigt die Organisation die Erlaubnis der zuständigen Gerichte. – Und LaPierre weist ausdrücklich auf diesen Umstand hin.

Generalstaatsanwältin James nahm laut Reuters bereits zu diesen Plänen Stellung und erklärte: *„Schlussendlich entspricht der behauptete finanzielle Status der NRA ihrem moralischen Status: bankrott. Wir werden es der NRA nicht erlauben, diesen Umstand oder irgendeine andere Taktik dazu zu verwenden, um nicht belangt werden zu können oder der Aufsicht durch mein Büro zu entgehen.“*

So bleibt abzuwarten, welche Entwicklung dieser „Fall“ nehmen wird und welcher Zukunft die Waffen-Lobby in den USA entgegengeht.

## **Türkische Drohnentechnik und die Kriegführung der nahen Zukunft**

[Silvia Stöber](#) berichtete im vergangenen November für die Tagesschau darüber, dass die Türkei militärische Drohnen re-exportiere. Ihr Fazit war, dass die türkische Regierung dadurch die Kriegführung verändere – zu sehen etwa im aserbajdschanisch-armenischen Krieg, bei dem einseitig Drohnen-Informationen zu effektiveren Angriffen geführt hätten. Andere Drohnen könnten Raketen-Waffen tragen oder sich sogar in „Kamikaze“-Weise auf Ziele stürzen. Dies ergebe eine neue Überlegenheit durch Drohnentechnologie, wie auch der Leiter der Entwicklungsabteilung an der Theresianischen Militärakademie des Österreichischen Bundesheers, Markus Reisner, anmerkte. Er erklärte ebenso, dass es Störsysteme gebe, die Drohnen am Einsatz hindern sollten, und dass bestimmte Drohnentypen dafür gedacht seien, andere Drohnen abzuschießen. Der Militärexperte Gustaf Gressel vom European Council on Foreign Relations nimmt an, dass das russische Militär dem türkischen „im Bereich elektronischer Kampfführung“ überlegen sei.

Stöber verweist auf die Aussagen dieser Experten, wenn es darum geht, dass die europäischen Staaten bei der Abwehr von Drohnenangriffen nur mangelnd vorbereitet seien. Gressel wird im Artikel u. a. folgendermaßen zitiert: *„Die Bundeswehr besitzt immerhin zum Schutz von Feldlagern einige wenige Drohnenstörer sehr kurzer Reichweite und Flugabwehrkanonen mit programmierbarer Munition.“*

Die moderne Drohnentechnik verbreite sich in vielen Konfliktgebieten, auch weil Waffenexportverbote nicht durchgesetzt würden, so Stöber weiter. Reisner führt im Bericht das Beispiel der türkischen

Drohnen-Einsätze bei Frachterbegleitungen nach Libyen an – dies sei ein Bruch des UN-Waffenembargos. Beteiligt sei hier auch die österreichische Firma ROTAX (genauer BRP-Rotax GmbH & Co KG mit Sitz in Gunskirchen, Oberösterreich) sowie neuerdings ukrainische Waffenbauer.

Währenddessen fordert der Generalinspekteur der Bundeswehr [Eberhard Zorn](#) eine Anschaffung von bewaffneten Drohnen, zum einen zum Schutz der deutschen SoldatInnen, zum anderen um Angriffe durch ebendiese Soldaten möglich zu machen. Er sieht keinerlei Gefahr für einen Missbrauch, da diese Drohneneinsätze klaren, vom Bundestag vorgegebenen Regeln unterliegen würden. Auch Außenminister Heiko Maas unterstützt dieses Beschaffungsvorhaben, Teile der SPD nicht, die Diskussion geht weiter.

Fakt ist: Die Innovationen der Drohnentechnologie und deren Verkauf in Kriegsgebiete und generell an Armeen bzw. bewaffnete Gruppierungen werden das Kriegsgeschehen für Infanteristen verändern – und ebenso für Zivilisten im Kampfgebiet. Stöber zitiert den Journalisten Tatul Hakobjan: „Sobald das Sirren der Drohnen zu hören sei, bleiben sieben Sekunden, um wegzulaufen.“ Das können vielleicht fitte junge Erwachsene, jedoch nicht Kinder, Eltern und alte, schwache oder kranke Menschen. Und wohin sollten sie auch rennen?

Weitere Informationen zur Drohnenthematik gibt es in einem [früheren Artikel](#) von Silvia Stöber.

Nicht zu vergessen: Die Türkei wird – weil ja NATO-Partner und langjähriger und zahlender Kunde! – weiterhin mit Rüstungsgütern [beliefert](#), wenn auch derzeit etwas weniger.

Wen die Todeszahlen bzw. die Zahl der von [US-Drohnen](#) extralegal / illegal getöteten und verletzten Menschen interessiert, die und der kann bei Wikipedia mit der Recherche beginnen: Allein während der Regierungszeit Barack Obamas sind es mehrere tausend.

## **Bundestagswahl: Hat der Wahlkampf schon begonnen?**

Woran merkt man, dass Wahlkampf ist? – Es werden Programme vorgestellt, politische Fragen so zugespitzt, dass es grundsätzlich wird, und alle Protagonisten geben sich betont staatstragend, um darzutun, dass sie sehr wohl in der Lage wären, künftig Deutschland zu regieren. Nimmt man dies zur Grundlage, dann gibt es klare Indizien, dass der Wahlkampf langsam an Fahrt aufnimmt. – Und das führt dann zu kuriosen Koalitionen. Oder wie soll es sonst genannt werden, wenn [Dr. Ellen Ueberschär](#) von der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit [Andrea Rotter](#) von der Hanns-Seidel-Stiftung einen Diskussionsbeitrag zur Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen veröffentlicht, in der gefordert wird, endlich die sicherheitspolitischen Forderungen Trumps umzusetzen, damit unter Präsident Biden nun ein Neuanfang mit den USA möglich wird.

In „[Transatlantisch? Traut Euch!](#)“, so der Titel des Papiers, wird dementsprechend betont, dass die NATO nichts anderes als den „Glutkern der transatlantischen Partnerschaft“ darstellt. Dabei gilt: *„Deutschland hat es mehr als jede andere Nation in der Hand, durch mehr Initiative und verstärkte Beiträge die Allianz so zu formen, dass sie als Glutkern des Westens weiter lodert und nachhaltige Antworten auf die sicherheitspolitischen Fragen gibt, die sich Deutschland stellen.“*

Und deshalb, so die AutorInnen, müssten die *„europäischen NATO-Staaten – mit Deutschland an erster Stelle – [...] ihre Fähigkeiten zur konventionellen Verteidigung erheblich [erhöhen].“* Als Orientierungshilfe wird dabei natürlich das 2%-Ziel genannt, das in den vergangenen Jahren von Trump immer wieder eingefordert worden war. Anders als bei Trump bleibt diese Forderung aber nicht nebulös allgemein, sondern wird im Hinblick auf verschiedene, operationalisierbare Teilbereiche aufgegliedert. Zu den verschiedenen sicherheitspolitischen Zielen, die Deutschland möglichst zeitnah umsetzen möge, gehört dementsprechend *„die beschleunigte und vollständige Umsetzung der vereinbarten NATO-Streitkräfteziele. Das setzt die substantielle Erhöhung des Verteidigungshaushaltes voraus, die Modernisierung der Beschaffungsprozesse sowie die Bereitschaft, Deutschland bei der Rüstungszusammenarbeit für seine NATO-Partner berechenbar zu machen. Vor allem erfordert das den Konsens innerhalb der Bundesregierung, dass eine einsatzbereite Bundeswehr von höchster Priorität ist, weil sie der Diplomatie Gewicht verleiht,*

*einen unverzichtbaren Beitrag zur transatlantischen Glaubwürdigkeit, zur Abschreckungsleistung der NATO und damit zur Freiheit und Wahrung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands erbringt.“*

Kaum zu glauben, dass sich die Grünen früher manchmal die Losung „lieber rot als tot“ zu eigen gemacht haben sollen. Doch muss, wer solche Parolen der Vergangenheit vergessen machen möchte, vollständig Abbitte leisten, um künftig als staatstragend akzeptiert und zu einer schwarz-grünen Koalition zugelassen zu werden. Dazu gehört dann natürlich auch eine Neuformulierung der bisherigen Positionen zu Atomwaffen. Deshalb akzeptiert zumindest die Heinrich-Böll-Stiftung in Gestalt von Dr. Ellen Ueberschär schon mal die nukleare Teilhabe der Bundeswehr. Denn zur transatlantischen Glaubwürdigkeit und der Glaubwürdigkeit der Abschreckung der NATO gehört auch, *„dass Deutschland an der Nuklearen Teilhabe festhalten und nötige Modernisierungsschritte umsetzen muss. Der nukleare Schutzschirm der USA ist für alle nicht-nuklearen NATO-Staaten in Europa unverzichtbar. Es sollte ihn geben, solange es Nuklearwaffen gibt und die Bedrohung anhält. Nukleare Teilhabe drückt die besondere Bereitschaft zur Risiko- und Lastenteilung und zu größter Solidarität unter Verbündeten aus. Sie ist ein Kernelement der strategischen Verbindung zwischen den transatlantischen Partnern, die mit der Neuen Übereinkunft unterstrichen wird.“*

Bedenkt man, dass dieses Papier just in dem Moment veröffentlicht wurde, als der Atomwaffenverbotsvertrag – den die Bundesregierung nach wie vor ablehnt – in Kraft getreten ist, dann ist das ein Trauerspiel. Wenn das tatsächlich die sicherheitspolitischen Überzeugungen der Grünen ausdrückt, dann sollte vielleicht künftig nicht mehr Bündnis '90 / Die Grünen, sondern doch die CSU als die eigentliche Friedenspartei benannt werden.

Doch vielleicht geht die Wahl ja auch anders aus und die künftige Koalitionsregierung wird nicht von CDU und Grünen gebildet, sondern ist mit Rot-Rot-Grün geradezu bunt? Um diese Möglichkeit zu eröffnen, hat Matthias Höhn (MdB Die Linke) schon mal ein [Diskussionspapier](#) über „Linke Sicherheitspolitik“ veröffentlicht. Er lehnt Atomwaffen ab und fordert eine Reduzierung der Militärausgaben. – Und trotzdem soll linke Sicherheitspolitik künftig irgendwie anders sein, da sie sich nicht länger an alten Deutungsmustern orientieren, sondern die geopolitischen Realitäten anerkennen soll. Was das genau heißt, bleibt offen. Aber der Wahlkampf hat ja auch gerade erst begonnen.

## Impressum & Kontakt

**DAKS-Koordination**  
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)  
Postfach 5261, 79019 Freiburg

**Tel. 0761-7678088**  
**E-Mail: [daks-news@rib-ev.de](mailto:daks-news@rib-ev.de)**  
**Web: [http://www.rib-ev.de/?page\\_id=206](http://www.rib-ev.de/?page_id=206)**

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.  
Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind das [Friedenszentrum Braunschweig](#), [Ohne Rüstung Leben](#), der [DFG-VK-Bundesverband](#), [Pax Christi Deutschland](#), [terre des hommes Deutschland](#) und folgende DAKS-Organisationen:

- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.



Friedenszentrum  
Braunschweig

